

Laibacher Zeitung.

Nr. 106.

Freitag am 9. Mai

1851.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 fr. mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung ins Haus sind halbjährig 30 fr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 fr. — Insertionsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einführung 3 fr., für zweimalige 4 fr., für dreimalige 5 fr. E. M. Inserte bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 fr. für 2 Mal und 40 fr. für 1 Mal einzuhalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November 1. J. für Insertionsstempel“ noch 10 fr. für eine jedesmalige Einführung hinzu zu rechnen.

Amtlicher Theil.

Heute wird das XIX. Stück, III. Jahrgang 1851, des Landesgesetz- und Regierungsblattes für das Kronland Krain ausgegeben und versendet.

Laibach, den 9. Mai 1851.

Vom k. k. Redactionsbureau des Landesgesetzblattes für Krain.

Die bei dem k. k. Finanzministerium erledigten Ministerial-Concipistenstellen sind den Cameral-Bezirkscommissären erster Classe in Österreich ob und unter der Enns, Rudolph Edlen von Kremer und Wenzel Fichna, dem Cameral-Bezirkscommissär zweiter Classe in Steiermark, Vinzenz Scharfen, dann den Conceptsadjuncten dieses Ministeriums, Adolph Wagner, Vinzenz Edlen v. Terzy und Ludwig v. Malfatti verliehen worden.

Der Minister des Innern hat den Conceptsadjuncten der Wiener Stadthauptmannschaft, Albert Strohm, zum Commissär zweiter Classe bei derselben ernannt.

Die prov. Handels- und Gewerbeakademie in Klagenfurt hat den Fr. v. Ditsmann'schen Werkdirektor, Peter Krey, zum Präsidenten, und den gräf. Ferd. Egger'schen Werk- und Güterdirektor, Jacob Schleisnigg, zum Vicepräsidenten erwählt, welche Wahlen von dem k. k. Handelsministerium bereits genehmigt wurden.

Nichtamtlicher Theil.

Ueber das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften.

— H. C. — Dr. Gustav Höfsken, ein in der gelehrt Welt wohlbekannter Schriftsteller, Mitglied der Staatsprüfungs-Commission in Wien, ließ eine sehr interessante Schrift: „Ueber das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, mit Bezug auf die Neugestaltung des höhern Unterrichts und die Staatsprüfungen in Österreich“ erscheinen, worin er unter andern der provisorischen Studienordnung für das Studienjahr 1849—1850 erwähnt, welche die facultativen Prüfungen öffentlich Studierender abstellt, und das Privatstudium für Hörer der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultäten nur noch in jenem Jahre zuließ.

Der Verfasser bemerkte hierzu in einer Note wörtlich: „Die letzte Bestimmung hat manche Anfeindung erfahren. Indessen ist der Staat berechtigt und verpflichtet, unbeschadet der Lehr- und Lernfreiheit, den Eintritt in den Staatsdienst an allgemeine Bedingungen und gesetzliche Vorschriften zu knüpfen, und zwar an solche, die ihm am zweckmäßigsten dünken; die Ausnahmsfälle sind ebenfalls gesetzlich vorzubehalten. Behufs des Doctorirens dogegen sollte, wie bei den Abiturientenprüfungen, das Privatstudium Geltung behalten, mindestens der Nachweis des Collegienbesuches nicht unerlässlich seyn, wenn in solchen Fällen die Rigorosen vielleicht auch noch etwas umfassender und genauer, als gewöhnlich, zu halten wären.“ Die eben angeführte Stelle verdient im Interesse der unbemittelten studierenden Jugend aus

Krain, und wohl auch anderer Kronländer, besonders hervorgehoben und gewürdigt zu werden. Man kann annehmen, daß mehr als zwei Drittheile der Studierenden in Krain auf Herbergen ihre Unterkunft finden, indem sie ihre, durchgehends in Brot, Vegetabilien und allenfalls etwas geselchtem Fleisch bestehende Nahrung vom Hause bekommen, und hier oder dort für das Bett und die Zubereitung ihrer kargen Kost, 10 oder 12 Gulden des Jahres bezahlen. Unter diesen kümmerlichen Verhältnissen vollenden sie die Studien am Gymnasium, und nur wenige von ihnen haben den Mut, auf das Gerathewohl an eine Universität zu ziehen, und dort mit Not und Mangel zu kämpfen, um die Studien fortzuführen; die Meisten betreten nach vollendetem achter Gymnasialklasse irgend eine Lausbahn, zu welcher sie oft eben so wenig Beruf als Neigung haben, und für welche sie sich daher weder geistig noch moralisch vorbilden; ja es geschieht wohl auch, daß sie sich ganz und gar vernachlässigen und ausarten, weil es eben das letzte Jahr ihrer Selbstständigkeit und Freiheit ist. Es kommen also auf die Universität nur jene unserer Studierenden, welche entweder die nötigen Subsistenzmittel oder die Entschlossenheit haben, durch mehrstündige Ertheilung des Unterrichtes den nötigen Unterhalt sich zu verschaffen, was gegenwärtig beim Bestande der Lernfreiheit allerdings thunlicher ist, als vordem, immer aber und je mehr als je, auf Kosten der eigenen Ausbildung geschieht. Manche der besseren Studierenden werden zwar nachträglich durch Privatleid das Versäumte nachzuholen suchen, aber wir kommen hier zum Geständnisse, daß das Privatstudium dasjenige ersezten muß, was im öffentlichen Collegium nicht erlangt werden konnte. Wir sind weit entfernt, den Werth und bleibenden Eindruck des lebendigen, begeisterten Wortes in mündlichen Vorträgen zu erkennen oder zu läugnen, und wer es vermag, wird diese zu hören beflissen seyn; allein man wird gleichwohl zugeben müssen, daß sich weder jener, nämlich das begeisterte Wort, noch der fruchtbare Boden allenthalben findet, dann aber ist die, auf der Schulbank verlassene Zeit eine verlorene, und um so mehr zu beklagen, als der Jüngling nunmehr erst nach Jahren, wann es leider nicht selten schon zu spät seyn dürste, seinen Angehörigen und der Welt über das Erlernte Rechnung abzulegen haben wird. Während so die geistige Ausbildung möglicher Weise verwahrlöst wird, ist die Moralität durch das angehäufte Beisammenseyn der Jünglinge auf Universitäten mancherlei Gefahren ausgesetzt, wie die Neuzeit insbesondere gelehrt hat. Man findet nach Mitteln, um dem vorzubeugen. Eine Ausdehnung der Lernfreiheit durch Gestaltung des Privatstudiums der Rechte, wie es zu den Abiturientenprüfungen bewilligt ist, wäre ein solches, gewiß sehr erfolgreiches Mittel, und mancher, onsonst der Jurisprudenz verloren gehende gute Kopf würde dadurch in den Stand gesetzt werden, durch Selbststudium oder unter Anleitung irgend eines menschenfreundlichen Rechtskündigen ein tüchtiger Jurist zu werden, zur strengsten Staats- oder Doctorprüfung sich vorzubereiten. Man wird sagen, daß vordem, als das Privatstudium der Rechte noch gestattet war, nur Wenige davon Gebrauch gemacht haben. Das hat seine Richtigkeit, allein damals bestanden auch noch Semestralprüfungen, die Unbemittelten aber, in deren Interesse wir sprechen, konnten nicht zwei Mal des Jahres zur Ablegung jener Prüfungen an eine Universität reisen, und sie konnten folglich auch nicht

von der Gestaltung des Privatstudiums Gebrauch machen; die Meisten schlugen daher, wie oben gesagt, ohne Neigung und Beruf eine ganz andere Lausbahn ein.

Ohne einer beschränkenden Controllmaßregel sollte das Privatstudium der Rechte gleichwohl nicht freigegeben werden. Zunächst müßte sich jeder Rechts-Candidat, welcher sich zur seinerzeitigen Ablegung der Staats- oder Doctorprüfung auf Privatwege vorbereitet wollte, für die zu wählenden Lehrgegenstände, deren Maximum und Minimum vom Gesetze zu bestimmen wäre, an irgend einer Facultät jährlich immatrikuliren lassen, was auch schriftlich geschehen könnte, und es hätten die vermöglichen Studierenden, woffern sie von der Gestaltung des Privatstudiums Gebrauch machen wollten, eine den Collegiengeldern gleichkommende Taxe zu entrichten. Viele unbemittelte Aeltern und Jünglinge würden die, von Dr. Höfsken angeregte, und von uns dringend bevorwortete Maßregel des Privatstudiums der Rechte mit regster Dankbarkeit aufnehmen, und es würde hierdurch dem Staat manche ansonst verloren gehende Capacität gewonnen werden: in Österreich soll nicht, wie in Russland, dem Unbemittelten das Studium erschwert seyn.

Oesterreich.

* Wien, 4. Mai. Die „österr. Corr.“ schreibt über die Gründung der Bundes-Versammlung in Frankfurt wie folgt:

Am 12. d. werden die Sitzungen der Frankfurter Bundesversammlung wieder eröffnet werden. Es liegt in der Natur der Dinge, daß jede mißglückte Revolution wieder zu ihrem Ausgangspuncte zurückführt, und so ist denn Deutschland nach mannigfachen Erfahrungen und stürmischen Bewegungen dort angelangt, wo es vor dem verhängnißvollen März des Jahres 1848 stand. Hätte man sich damals begnügt, eine weise, gemäßigte, den Verhältnissen entsprechende Reform anzustreben, statt sich auf das Princip und die gefährliche Praxis der Revolution zu wessen, so würde der Nation vielleicht manche schwere Prüfung, manches Unheil, den Regierungen aber manche Verlegenheit und Einzelnen derselben manche Demütigung erspart worden seyn.

Die deutsche Revolution mißlang und mißtling, weil der deutsche Geist im innersten Kerne nicht revolutionär ist, weil deutsche Treue und Pietät für Ordnung und geregelte staatliche Sitte nicht ausgestorben sind im Gemüthe des Volkes, weil diesem endlich zu viel Besonnenheit und Nüchternheit innerwohnt, als daß es die Gefährlichkeit revolutionärer Experimente nicht hätte erkennen und fürchten sollen. —

Wollte man die Revolution nicht, so mußte man allerdings die Reform wollen. Allein um diese gründlich und nachhaltig zu erstreben, durfte man sich der gesetzlichen Basis nicht ganz entäußern, auf welcher die Zustände Deutschlands bis dahin geruht hatten. Es war nicht erlaubt, mit der Vergangenheit gänzlich zu brechen, um einer unsicheren Zukunft nachzujagen. Das Fallenlassen der bundestädtischen Institutionen war ein Fehler, der sich schwer genug rächtet.

Die Schicksale der Nation fielen von da ab in die Hände von Parteien, welche der Halbheit in

ihren Entschlüssen und Handlungen fröhnten, jener unseligen Halbheit, welche unfähig ist, im Guten wie im Schlimmen irgend einen energischen und nachhaltigen Erfolg zu bewirken, durch ihr Schwanken jedoch alle Verhältnisse verwirrt und eine geregelte Entwicklung vollkommen in Frage stellt.

Diese Halbheit manifestierte sich, als man zu Frankfurt am Main sich vermaß, auf sogenanntem Rechtsboden die durchgreifendste Revolution zu machen, die Zustände der Gegenwart und der Vergangenheit in einen unerquicklichen Brei zu verwandeln, welchen nur die Partei des Umsturzes erträglich finden möchte. Diese Halbheit musterte sich ferner in dem Versuche der Gothaer Partei, unter der Devise der Ordnung und der legitimen Berechtigung eine totale Umwälzung der völkerrechtlichen bestehenden Verhältnisse Deutschlands herbeizuführen. Derselbe Geist der Halbheit war es, welcher einen verheerenden Kampf herausbeschwor, ohne ihn ernstlich zu wollen.

Möge dieser unentschiedene, zögernde, Schadenbringende Geist nimmermehr Eingang finden im Schooße der Frankfurter Berathungen! Oesterreich hat im Angesichte Europa's feierlich sein Wort verpfändet, daß es nicht die unbedingte und bleibende Rückkehr zu den alten Zuständen, sondern nur unter Festhaltung der legalen, antirevolutionären Grundlage die zeitgemäße Umgestaltung der Grundverfassung Deutschlands bezweckt. Diese Absicht ist sich bis zur Stunde vollkommen gleich, vollkommen unverändert geblieben. Oesterreich aber ist berechtigt, von allen übrigen Regierungen Deutschlands in dieser Hinsicht gleiche Bereitwilligkeit, gleiches Entgegenkommen zu erwarten. Dem Auslande gegenüber wird die Frage des Eintritts der österreichischen Gesamtmonarchie in den deutschen Bund einen Hauptgegenstand der nächsten Berathungen des Bundesstages bilden. Es ist dies eine ausschließend deutsche Frage, welche daher rechtlich und factisch nur im Interesse Deutschlands von deutschen Staatsmännern zu lösen ist.

Wien, 7. Mai. In gutunterrichteten Kreisen wird versichert, daß die Instructionen des Grafen Arnim voll der freundschaftlichsten Versicherungen für die österr. Regierung lauten. Besonders soll sich die preußische Regierung dahin erklärt haben, daß sie in der schleswig-holstein'schen Angelegenheit ganz im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung zu Werke gehe, sich durchaus auf keine einseitige Unterhandlung mit Dänemark einzulassen, und die Lösung der Frage einzig und allein dem Bundesstage überlassen werde, ohne ihrerseits irgend eine fremde Einmischung anzuerkennen. Dagegen wird auch versichert, daß Preußen die Aufnahme auch seiner nichtdeutschen Provinzen und die „Bewilligung von geraden Etappenstrassen bis an den Rhein zur beliebigen Benützung“ beanspruchen will.

— Einer Correspondenz der „Preßb. Ztg.“ aus Perera entnehmen wir: Die Pforte hat endlich dem Anliegen Oesterreichs nachgegeben und die Verpflichtung übernommen, Kossuth, Frau Kossuth, den Grafen Bathiany, Nicolaus und Moritz Perczel, Asboth, Gyurmann, Euley und Wisocky noch ferner in Kroatia unter Aufsicht zu behalten und über ihr weiteres Schicksal mit Oesterreich in Unterhandlung zu treten. Die übrigen Interniten werden dagegen freigelassen und nach den Dardanellen gebracht werden, um sich auf einem englischen Schiff nach England einzuschiffen. Aus Constantinopel werden mehrere ungarische und polnische Flüchtlinge, darunter Dobokai und Bay, ausgewiesen werden. Bemerkenswerth bleibt es, daß der französische Gesandte, General Aupick, welcher die österr. Reklamationen bekämpfte, selbst in der Lage war, die Ausweisung eines gewissen Chancel von der Pforte zu begehrn. Dieser war nämlich von Genf angekommen, um die Flüchtlinge in den democratichen Völkerbund aufzunehmen.

— Nach dem „W. G. B.“ sind Baron Anselm von Rothschild, Baron von Sina und Herr Schauß für heute eingeladen worden, um vor einer Section des Reichsrathes Auskünfte über die Walutaverhältnisse zu ertheilen.

— Gestern sind bereits 600 Colonisten auf Schiffen nach Ungarn gereist, um sich in der Colonie Ehrenberg niederzulassen. Sie bivouakirten einige Zeit lang theils in Schiffen, theils im Freien unterhalb des Franz-Kettensteges, und waren dort der Gegenstand der Betrachtung einer großen Menschenmenge, die sie umringte. Sie werden auf der Donau von einer Gesellschaft von Schiffmeistern gegen ein sehr billiges Fahrgeld befördert.

— Man will wissen, daß die französische Regierung ihre Gesandten beauftragt habe, der Halbung der Legitimisten in den verschiedenen Staaten die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, da in Erfahrung gebracht wurde, daß sie zu gleicher Zeit bei mehreren Regierungen dahin arbeiten, ihren Principien eine gewisse moralische Stütze zu verschaffen, und sich dabei der Verwendung sehr einflussreicher Personen zu erfreuen haben. Wir glauben behaupten zu können, daß die österr. Regierung jede Partei als solche ganz ignoriert.

— Das neue Börsengesetz ist im Entwurf vollendet, kommt jetzt zur Schlussberathung und dürfte in nächster Zeit kundgemacht werden. Wegen Verbrechen und Gefällsübertretungen bestraft Personen, dann Eridatate können die Börse nicht besuchen; solche, welche Börsengeschäfte abschließen, die auf sie entfallenden Verluste aber nicht tragen wollen oder können, werden vom Börsenbesuch zeitweilig ausgeschlossen. Die Börsengeschäfte werden genau bezeichnet; als Schiedsgericht soll eine Börsenkammer aufgestellt werden. Im Uebrigen ist der neue Entwurf von dem bisherigen Börsengesetze nicht wesentlich abweichend; doch ist der bis jetzt beschränkt gewesene Besuch der Börse wesentlich erleichtert worden.

Wien. Die angeblich schon zur Veröffentlichung bereit liegenden Pläne des Finanzministeriums zur Regelung der Geldverhältnisse beschäftigen das Publicum fortwährend im hohen Grade. Man spricht von einer 5pt. Anleihe mit in Silber zahlbaren Coupons, um den Papiergeleddlauf zu reduzieren. In sonst gut unterrichteten Kreisen vernimmt man dagegen, daß der Herr Finanzminister an ein Anlehen nicht denkt, wohl aber dem Reichsrath einen ganz detaillirten Ausweis vorgelegt habe, durch welchen ziffermäßig dargethan ist, daß die Einnahmen des Staates die Ausgaben bereits übersteigen würden, wenn die für Ungarn präliminiren Steuern schon zur regelmäßigen Einhebung gekommen wären. Auf Grundlage dieser Nachweisungen aber sollen die Berathungen zur Ordnung unseres Geldwesens erst beginnen.

— Man erzählt sich, daß der Herr Finanzminister eine Ansprache an das Publicum zu dessen Ausklärung über die Finanzverhältnisse des Reiches erlassen werde. Eine solche Ansprache wurde durch den Herrn Finanzminister schon in dem Finanzgesetze vom 25. Juni 1848 in Vorschlag gebracht.

— Die noch schwedende Wasserrechtsfrage dürfte nächstens durch das Erscheinen eines Gesetzes über die Benützung des Wassers gelöst werden. Nach dem diesfälligen, ehestens zur Schlussberathung kommenden Entwurfe bilden die Gewässer ein zur allgemeinen Benützung bestimmtes Eigenthum des Staates, welcher auch die Regelung und Leitung der sämtlichen Wasserangelegenheiten übernimmt. Wasserbauten, Kanalanlagen u. dgl. dürfen nur mit behördlicher Bewilligung erfolgen. Das Gesetz dürfte sehr umfangreich werden.

— Im Nachhange zu der Verordnung über die Tabakmonopolsordnung in Ungarn wurde im Auftrage des Finanzministeriums nunmehr auch die Verfüzung getroffen, daß Jedermann, der in diesem Jahre Tabak zu pflanzen beabsichtigt, dies bis letzten August behördlich zur Anzeige bringen muß.

— Der Gemeinderath denkt nunmehr ernstlich daran, ein eigenes Gemeindeblatt herauszugeben, da sich die Verleger der „Wiener Ztg.“ bereits dahin ausgesprochen haben, daß die unentgeltliche Aufnahme der Gemeinderathsverhandlungen in die „Wiener Ztg.“ nicht länger mehr statt finden könne.

— Einige Bauern aus Gömör, welche bei Gelegenheit der Einführung des Tabakmonopols ihren Tabaksamen auf öffentlichem Platze verbrannten, sind gesänglich eingezogen, und werden wegen politischer Demonstration zur Rechenschaft gezogen.

* Die Bergstädte in der Slovakei bereiten eine Petition an das Handelsministerium wegen Erbauung einer Eisenbahn vor und geben an, daß dadurch der Handelsverkehr bedeutend gehoben würde.

* **Prag**, 4. Mai. Der katholische Verein zu Prag hat wegen der Erbauung der Karlskirche am 1. Mai eine Versammlung gehalten, wobei beschlossen ward, daß der Plan für eine Menge von 3000 Personen entworfen werde, und daß die Kosten des im byzantinischen Style auszuführenden Baues die Summe von 250.000 fl. EM. nicht überschreiten sollen, wozu der Concurs auszuschreiben wäre.

* **Zara**, 1. Mai. Die Commission bezüglich der Einführung eines neuen Zollsystems und der Einverleibung Dalmatiens in das österreichische Zollgebiet wird am 21. Mai zusammentreten. Das Landesleben in Stagno hat sich erneuert.

Zara. Die armen Bewohner der Stadt Stagno in Dalmatien wurden am 14., 16. und 17. v. M. wieder durch Erderschütterungen erschreckt. Auch in der Herzegowina wurde am 13. ein heftiges Erdbeben verspürt. In Messina fanden ebenfalls am 11. und 12. Erderschütterungen statt.

Deutschland.

Berlin, 3. Mai. Die heutige Sitzung der ersten Kammer, in welcher der Bericht der Finanzcommission über die Verwendung der 18 Millionen zur Berathung kam, war bemerkenswerth durch eine Rede des Freiherrn v. Arnim, worin er das Ministerium aufforderte, seine Behauptungen zu widerlegen, nicht durch einfache Dementi's, sondern mit den dazu erforderlichen Beweisstücken. Dies könnte, sagt er, nur geschehen durch Vorlegung der Noten von Prokesch, durch ein öffentliches Dementi der in dem bekannten Circulare des Fürsten Schwarzenberg behaupteten, das Verfahren des Ministeriums Mantua so schwer gravirenden Thatsachen. Zum Schlus seiner Rede verwies Herr v. Arnim die Entscheidung zwischen ihm und seinen Gegnern an das Land, an das alte Preußen! Der anwesende Unterstaatssecretär des Neuherrn, Hr. Ecoq, sagt die „G. B.“ bestritt die Behauptungen des Hrn. v. Arnim, aber er widerlegt sie nicht, was der letztere schließlich noch constatirte.

Frankfurt, 1. Mai. Heute Morgen haben die Berathungen der hier versammelten deutschen Papierfabrikanten begonnen. Der wichtigste Gegenstand, mit welchem man sich beschäftigt, betrifft die Maßregeln, welche zu einer gesetzlichen Ordnung des Handels mit Hadern (Lumpen) führen können. Die Ausfuhr dieses wichtigen Rohstoffes, auf welchem die Papierfabrikation beruht, ist bekanntlich in den meisten Ländern durch Ausfuhrverbote oder sehr hohe Zölle der einheimischen Consumption vorbehalten. Im Zollverein beträgt der Ausfuhrzoll nur 3 Thaler per Centner. Diesen Satz sucht man wenigstens aufrecht zu erhalten. Wahrscheinlich kommt bei dieser Gelegenheit auch die deutsch-österreichische Zoll- und Handelsfrage zur Sprache.

— Die Zollconferenz in Wiesbaden wird nun doch nächstens zu Ende geben, oder ist es schon. Sie hat, wie man erfährt, einen neuen Tarif verfaßt, der enthalten wird: 1) die seit Emanation der vorigen eingetretenen Veränderungen; 2) Heruntersetzung und zum Theil völlige Aufhebung der Zölle für Rohproducte. Die Transitozölle sind von ihr ebenfalls ermäßigt und resp. gleichmäßiger gestellt worden, doch hängt die definitive Annahme dieser Änderung noch von dem Ausgang der in Betreff der Rheinzölle schwedenden Unterhandlungen ab. Bei sogenannten vernirten Sachen ist von ihr bestimmt worden, daß Alles, was mit Gold vernirt ist, höher besteuert werden soll.

Kiel, 1. Mai. Dem Vernehmen nach wird nächstens eine offizielle Anerkennung der schleswig-holsteinischen Staatsobligationen publicirt werden;

gewiß ist wenigstens, daß ihre fort dauernde Geltung keinem Zweifel mehr unterliegen kann.

München, 1. Mai. Von den projectirten Eisenbahnen sollen in Angriff genommen werden am 1. October 1851 die Bahnhöfe von Kaufbeuren nach Kempten, am 1. October 1852 von Kempten nach Immenstadt, am 1. October 1853 von Immenstadt nach Herbachshofen, am 1. Mai 1852 von Bamberg nach Haßfurt, am 1. Juli 1853 von Haßfurt nach Schweinfurt, am 1. Juli 1854 von Schweinfurt nach Würzburg. — Mit dem heutigen Tage haben die „Leuchtkugeln“, die bei dem fast in allen deutschen Ländern erfolgten Verbote keinen Leserkreis mehr besitzen, aufgehört zu erscheinen.

— Während der Anwesenheit des Königs von Baiern in Traunstein erschien eine Deputation von Salzburg, den Bürgermeister an der Spitze, um sich an Ort und Stelle über die nothwendigen Bedürfnisse der Abgebrannten zu erkundigen. Der König ließ sogleich diese Deputation zu sich rufen, und dankte dieselben in den verbindlichsten Ausdrücken für die so freundnachbarlichen und bereits oft erprobten Gesinnungen der Stadt Salzburg.

Schweiz.

— Das Organisations-Comité des „eidgenössischen Freischießens“, welches heuer in Genf abgehalten wird, hat sämmtliche schweizerische Regierungen eingeladen, dieses Fest mit einer Ablöhnung zu beschicken. — Aus Californien ist von den dort lebenden Schweizern eine Ehrengabe — aus californischen Goldstufen bestehend — zum Freischießen nach Genf gesandt worden.

Italien.

* **Rom,** 29. April. Der französische Gesandte Rayneval hat dem Papste seine Beglaubigungsschreiben überreicht.

* **Neapel,** 27. April. Die Contumazmaßregeln gegen Piemont, Toscana und Rom sind zurückgenommen.

Nizza, 28. April. In der Nacht vom 24. auf den 25. wehte hier ein heftiger Orkan, eine Art von Windhose, welche Häuser abdeckte und Schornsteine von den Dächern warf. Als der Orkan vorüber war, fand eine Patrouille, welche auf den Bastionen die Runde machte, eine große Menge Kraniche da-selbst, welche der Sturm zu Boden geworfen hatte. Sie waren ganz erschöpft und ließen sich mit den Händen greifen und in die Kaserne bringen, wo sie sich wieder erholtet. In derselben Nacht verwüstete ein starker Hagelschlag die Felder in den Umgebungen von Villafranca. Gestern Nacht wurde die Stadt abermals von einem Orkan heimgesucht.

Frankreich.

Paris, 31. Mai. Es geht uns folgende interessante Mittheilung über die Entschlüsse des Elysée in Bezug auf die Revisionsangelegenheit und die Crise von 1852 zu, die unsere früheren Nachrichten und unsere jüngsten Reflexionen über die politische Bedeutung des Ministeriums Leon Faucher vollkommen bestätigt. —

Um 29. oder 30. Mai werden mehrere namhafte Mitglieder des Vereins der „Rue des Pyramides“ Kraft ihrer parlamentarischen Initiative einen noch näher zu formulirenden und vom Verein selbst zu genehmigenden Antrag auf Revision der Verfassung deponieren, der jedensfalls so allgemein gehalten seyn wird, daß alles, was nicht gerade entschiedener Republikaner ist, darauf eingehen kann. Wenn alsdann bei der Abstimmung eine möglichst imposante Majorität sich dafür ergeben haben wird, ohne daß jedoch die von der Verfassung selbst verlangte Majorität von $\frac{3}{4}$ der Stimmen, wie vorzusehen, erreicht wäre, so soll auf folgende Weise verfahren werden. Ein Mitglied der Rue des Pyramides wird alsdann, Kraft seiner parlamentarischen Initiative, dieser Majorität den Vorschlag machen, zu erklären, ob sie den Artikel 111 der Verfassung (der die zum Revisionsvotum nötige Majorität bestimmt) aufrecht erhalten will, was,

da die Linke sofort die Vorfrage beantragen würde, ohne alle Debatte durch namentliche Abstimmung beantwortet werden würde. Wenn auch hierbei, wie bis jetzt wahrscheinlich ist, die Revision scheitert, so wird dennoch die Regierung nichts thun, sondern den Ausspruch des Nationalwillens im Mai 1852 abwarten. An einen Staatsstreich gegen die Nationalversammlung denken weder der Präsident, noch die Minister. Der Präsident ist entschlossen, seinen Eid und seine bei mehreren feierlichen Gelegenheiten freiwillig wiederholten Versicherungen bis zum Ablauf seines Mandats zu halten. Das Ministerium, an dessen Spitze zwar nicht dem Namen, aber der Wirklichkeit nach, Leon Faucher steht, hat seinerseits keine Lust, sich der Verantwortlichkeit eines Staatsstreiches gegen die Nationalversammlung auszusetzen. Selbst diejenigen beiden Personen, die gewöhnlich als die Hauptinstrumente zu einem etwaigen Staatsstreich betrachtet werden, der Oberbefehlshaber der Armee von Paris, General Baraguay d'Uilliers und der Polizeipräfekt Carlier, sind weit entfernt davon, sich zur Ausführung eines 18. Brumaire hinzugeben zu wollen. Dieser hat sich sehr offen darüber ausgesprochen; jener weiß zu gut, daß ein solches Unternehmen in der Armee selbst die schwersten Conflicte hervorgerufen und die ganze Armee in einem Augenblick demoralisiren würde. Wir wissen sehr wohl, daß obige Mittheilung noch nicht auf alle Fragen antwortet, die man sich in Bezug auf die Revisionscrisis stellen kann. Allein wir haben nicht mehr sagen wollen, als wir selbst gehört haben. Was wir aber gesagt haben, röhrt von einer, mehr noch wegen naher Familienbeziehungen zum Chef des Ministeriums, als wegen ihrer eigenen politischen Stellung besonderen Glauben verdienenden Person her, die wir nöthigenfalls nennen könnten. (Band.)

— Die Buchdruckerei, in welcher die schmutzigen „Bulletins des Widerstands-Comité's“ fabricirt wurden, ist polizeilich gesperrt und die darin befindlichen Pressen mit Beschlag belegt worden. Es war bereits ein eilfetes Bulletin zur Veröffentlichung bereit. Zwei Montagnards sollen dabei compromittirt seyn. Zu bemerken bleibt, daß es zwei Widerstands-Comité's gibt, ein falsches und ein echtes. Das erstere röhrt zu unmittelbarem Austante und zur schnellen Vertilgung aller Volksfeinde; das andere dagegen will noch warten und den gelegenen Zeitpunkt wählen. Die gesperrte Buchdruckerei war jene des falschen Comité's.

Spanien.

Madrid, 23. April. Das Madrider Journal „la Nacion“ berichtet: Es scheint, daß in einigen Stadtvierteln gedruckte Proclamationen zu Gunsten der Republik in Umlauf gesetzt worden sind. Auch sollen sich Agenten bei gewissen Wählern mit der Aufforderung eingefunden haben, zu Gunsten der Republik zu votiren. Wir halten es für unsere Pflicht, diese Thatsache der competenten Behörde anzuzeigen, damit sie sich bestrebe, die Urheber jener Proclamationen zu entdecken und streng zu bestrafen. —

Die exaltirteste Fraction der Progressisten hat sich von ihren ehemaligen politischen Meinungsgegnern, die sie nicht democratich genug finden, getrennt und ein anderes Wahlcomité unter der Benennung „democratiches Comité“ gebildet. Das Präsidium desselben wurde Hrn. Oreme zugetheilt und unter den 24 Mitgliedern desselben befinden sich die Namen mehrerer anderer Republikaner, so wie Rivero, Riego, Armas, Iglesias, Solere und der Handwerker Diaz.

Dieses Comité (berichtet die „Nacion“) hatte sich am verflossenen Sonntag in einem Theatersaal versammelt und den Beschluss gefaßt, die Progressisten bei den Wahlen zu unterstützen; aber später trennte sich die democratiche Partei von ihnen, um ihre Grundsätze besser verfechten zu können.

Dies wäre also in dem durchaus monarchischen Spanien ein sehr deutlich ausgesprochener Anfang des Republikanismus. Angesichts solcher Demonstrationen, sieht zu hoffen, daß die Regierung sich nicht einschlafen lassen wird. Sie kann besonders

auf den Patriotismus der gemäßigten Partei rechnen, deren sämmtliche Fractionen, in Kenntniß gesetzt von den neuen Gefahren, ohne Zweifel nicht unterlassen werden, ihre Reihen fester zu schließen und sich um den Thron zu schaaren, den sie bisher mutig verteidigt haben.

Großbritannien und Irland.

— Das Unterhaus hat sich am 2. Mai mit 202 gegen 177 Stimmen für die zweite Lestung der Bill wegen „Zulassung der Juden“ zum Parlament ausgesprochen.

Neues und Neuestes.

* **Wien,** 7. Mai. Die Berathungen der zu Sr. Excellenz dem Hrn. Reichsrathspräsidenten Freiherrn v. Kübeck geladenen Finanznobilitäten, um auf Grundlage eines von dem Hrn. Finanzminister übermittelten Entwurfes über die Mittel zur Regelung der Valutenverhältnisse und zur Wiederherstellung einer günstigen Finanzlage ihr Votum abzugeben, haben im Laufe des Nachmittags bereits begonnen.

* Die auffallend hohe, meist zehnprozentige Steigerung der Miethzinse, namentlich in der inneren Stadt, erregte ziemliche Missstimmung, und es befremdet immerhin, daß die durch das Gesetz ohnedies so sehr begünstigten Wiener Hauseigenthümer den vorübergehenden Druck, welchen die Geldverhältnisse im Allgemeinen üben, mit solchem Widerwillen und so wenig Resignation tragen. Die Preisssteigerung erscheint um so empfindlicher, als sie gerade jetzt, wo Maßregeln zur Besserung der Valutaverhältnisse getroffen werden sollen, statt finden, während andererseits die auf so zahlreichen Gebäuden ruhenden hypothekarischen Säze durch die Entwertung der Valuta keinesfalls zum Nachtheile der Hauseigenthümer berührt worden sind.

Wien, 8. Mai. Im Laufe des Sommers wird das provisorische Gesetz für die aus sechs Klassen bestehenden Realschulen erscheinen. In Wien steht die baldige Errichtung zweier solcher Anstalten bevor, die wenigstens dem dringendsten Bedürfnisse abhelfen.

Telegraphische Depeschen.

— **Benedig,** 6. Mai. Um 9 Uhr Morgens gelangten bei regnerischem Wetter mit dem k. Dampfer Vulcanus Se. Majestät der König Otto, Erzherzogin Hildegarde, Großherzogin von Hessen-Darmstadt, Fürst Lobkowitz hier an. Das Gefolge war mit dem Lloyd-Dampfschiffe Erzherzog Friedrich bereits um 6 Uhr angekommen. König Otto und Fürst Lobkowitz stiegen bei Sr. königl. Hoheit dem Herzog von Modena, Erzherzogin Hildegarde und Großherzogin von Hessen mit ihrem Gefolge im Gubernialpalaste ab. Großherzog von Hessen-Darmstadt, der zu Lande hieher reist, ist noch nicht eingetroffen. —

— **Turin,** 4. Mai. Zu Folge zwischen Piemont und Frankreich geschlossenen Vertrages werden französische Schiffe vom 1. Juli an vollkommen wie die englischen und belgischen behandelt werden.

— **Paris,** 5. Mai. Einem Gerüchte zufolge sollen in Lyon Unruhen ausgebrochen seyn. Durch eine Verständigung mit den Legitimisten ist Herr Perceval zum Mitgliede des Staatsrathes ernannt worden. Duprat bekämpft die Deponirung einer Petition um Prorogation, der Präsident überweist dieselbe einer Commission. Herr Larochejaquin erklärt sich im Namen seiner Fraction gegen die Revision der Verfassung, wenn nicht die Zurücknahme des Wahlgesetzes dabei bedungen werde. In der Invalidenkirche ward der Todestag Napoleons gefeiert, wobei auch der Präsident Louis Napoleon anwesend war.

— 6. Mai. Das Gerücht von in Lyon ausgebrochenen Unruhen ist unbegründet. Es werden viele Versuche gemacht, die alte Majorität wieder zusammenzuführen.

— **London,** 5. Mai. Das portugiesische Ministerium Cabral hat seine Entlassung genommen.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Telegraphischer Cours - Bericht der Staatspapiere vom 8. Mai 1851.

Staatschuldverschreibungen zu 5 v. St. (in G. M.)	95 1/8
detto " 4 1/2 "	83 13/16
detto " 3 "	56 1/2
Darlehen mit Verlösung v. J. 1834, für 500 fl. 1035	
1839, " 250	296 9/16
" Bank - Aktien, " v. Stück 1246 in G. M.	
Action der Kaiser Ferdinands-Nordbahn zu 1000 fl. G. M.	1286 1/4 fl. in G. M.

Wechsel - Cours vom 8. Mai 1851.

Amsterdam, für 100 Thaler Gurant, Rthl. 182	2 Monat.
Augsburg, für 100 Gulden Gur., Guld. 131 1/4	Ufo.
Frauenf. a. M., (für 120 fl. f. d. Ver- eins-Währ. im 24 1/2 fl. F. K. Guld.) 130 1/2	2 Monat.
Genoa, für 300 neue Piemont. Lire, Guld. 153 1/4	2 Monat.
Hamburg, für 100 Thaler Banco, Rthl. 192	2 Monat.
Livorno, für 300 Toscanische Lire, Guld. 128 fl.	2 Monat.
London, für 1 Pfund Sterling, Gulden 12-47	3 Monat.
Mailand, für 300 Franken, Guld. 154 1/2	2 Monat.
Paris, für 300 Franken . . . Guld. 154 1/2	2 Monat.

Geld- und Silber - Course vom 6. Mai 1851.

Brief.	Geld.
Kais. Münz - Ducaten Agio	34
detto Rand - dto	33 1/2
Napoleonsd'or	10.23
Souverainsd'or	17.50
Ruß. Imperial	10.30
Friedrichsd'or	10.52
Engl. Sovereigns	12.49
Silbergio	30 1/2

R. R. Lottoziehungen.

In Wien am 3. Mai 1851:

59. 50. 60. 3. 86.

Die nächste Ziehung wird am 14. Mai 1851 in Wien gehalten werden.

3. 223. a (1) Nr. 5057.

Wiederholte Licitations - Kundmachung.

Von der k. k. Cameral - Bezirks - Verwaltung in Laibach wird bekannt gemacht, daß wegen Hintangabe der hohen Orts genehmigten Conservations - Arbeiten an dem Aerarial - Mauthhause zu Ischernutsch an der Savebrücke, am 17. Mai l. J. Vormittags um 9 Uhr in ihrem Amtsgebäude am Schulplatz im 2ten Stocke, da die diesfällige erste Licitations - Verhandlung kein Resultat zur Folge hatte, die wiederholte öffentliche mündliche Minuendo - Lication abgehalten werden wird.

Hiebei werden die von der k. k. Bau - Direction adjustirten Kostenbeträge für Maurerarbeit sammt Materiale mit . . . 9 fl. 36 kr. Steinmeharbeit sammt Materiale 5 " " Zimmermannsarbeit detto 17 " 6 " Tischlerarbeit 99 " 30 " Schlosserarbeit 55 " 20 " Hafnerarbeit 10 " " Glaserarbeit 20 " 24 "

Zusammen mit . . . 216 fl. 56 kr. zum Ausrufe angenommen werden.

Der Kostenüberschlag und die Licitationsbedingnisse können täglich in den gewöhnlichen Amtsstunden hieramts eingesehen werden, und es wird nur bemerkt, daß jeder Licitant 10% des Ausrufspreises von dem Anbote als Badium zu Handen der Licitations - Commission zu erlegen habe.

Unbrigens werden dabei auch schriftliche Offerte berücksichtigt werden, wenn dieselben mit dem 10% Badium belegt, noch vor dem Abschluß der mündlichen Lication der Licitations - Commission, oder noch früher bei dem Vorstande dieser Cameral - Bezirks - Verwaltung überreicht werden und die Erklärung enthalten, daß der Offerent die allgemeinen Licitations - Bedingungen eingesehen habe und denselben durchaus nachkommen wolle.

k. k. Cameral - Bezirks - Verwaltung. Laibach am 4. Mai 1851.

3. 570. (3) Nr. 2445.

Berlaubnung.

Wodurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß am nächsten Freitag, d. i. am 9.

d. M. Vormittag 9 Uhr mehrere Wiesenparthien im sogenannten Debeuhschen Krakauer Stadtwaldantheile, dann an der Ischza, am Volar und in Rakova Jeuscha verpachtet werden.

Die Pachtlustigen werden hiemit zum Erscheinen im Krakauer Stadtwalde eingeladen.

Magistrat Laibach den 3. Mai 1851.

3. 558. (3)

Nr. 2425.

Kundmachung.

Am Montage, d. i. am 12. Mai, wird der magistratliche Morastterraine Hauptmanza auf mehrere Jahre gegen sehr annehmbare Bedingnisse parthienweise verpachtet werden.

Diese Verhandlung beginnt an dem benannten Moraste in der Früh um 8 Uhr, wozu Pachtlustige eingeladen werden.

Stadtmagistrat Laibach am 30. April 1851.

3. 221. a (2)

Licitations - Kundmachung.

Wegen aufhabenden Gebrechen werden am Samstag, d. i. am 10. Mai d. J., um 10 Uhr auf dem Jahrmarktplatz Vier k. k. Dienstpferde im öffentlichen Versteigerungsweg an den Meistbietenden hintangegeben; wozu Kauflustige hiermit eingeladen werden.

Vom k. k. 11. Gemäßarmerie - Regiments - Commando.

3. 575. (1)

Nr. 2102.

Gedict.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Laas wird hiermit bekannt gemacht:

Man habe in der Executionssache des Bartholomä Krašec von Neudorf, wider Mathias Krašec von Studenc die executive Heilbietung der dem Letztern gehörigen, zu Studenc sub H. Nr. 11 gelegenen, im ehemaligen Grundbuche der Grafschaft Auersperg sub Urb. Nr. 962404, Rets. Nr. 787 vorkommenden, laut Schätzungsprotocoll vom 18. März 1851, Z. 1630, auf 600 fl. gerichtlich geschätzten Halbhube, wegen dem Executionsführer, aus dem w. ä. Vergleich ddo. 5. October 1847, Nr. 233 schuldiger 52 fl. 2 kr.

3. 415. (3)

Hülfe für alle Hautkrank.

Waschwasser, welches seit 60 Jahren durch viele tausend segensreiche Erfahrungen b. währt ist, heilt radical und ohne alle schädliche Nachwirkung, alle nassen und trockenen Flechten, Schwinden, Fianen, Pusteln, Kräze, Kupferflecken, Hühnchen und alle derartigen Ausschläge und Hautkrankheiten. — Gerichtlich beglaubigte Zeugnisse werden jeder Flasche beigegeben, auch auf frankte Anfragen Jedem gern mitgetheilt. — Die ganze Flasche kostet 5 fl., die halbe 3 fl. Banknoten und ist einzige und allein zu beziehen von Dr. Ferd. Jansen, Buchhändler in Weimar. — Briefe und Gelder franco.

3. 416. (2)

Rheumatis- mus, Gicht.

Dr. John Stanley's Gicht und Rheumatismus - Pflaster, gegen Gliederreissen, Kopfweh, Zahns- und Gesichtsschmerzen, Seitenstechen, Ohrenbrausen, Augenfluss, Brust-, Rücken- u. Kreuzschmerzen (Hexenschuß), Fußgicht, Nothlauf, Krampf, geschwollene Glieder u. s. w. — Ueber die außerordentliche Wirksamkeit sprechen beglaubigte Zeugnisse. — Dieses unterscheidet sich von allen Ketten, Ringen, Bogen, Ableitern und wie diese Maschinen sonst noch heißen mögen, höchst vortheilhaft dadurch: daß es wirklich hilft! — Das Paket kostet 3 fl. Banknoten und einzig und allein zu beziehen von Dr. Ferd. Jansen in Weimar.

3. 417. (2)

Wider den Staar und alle Entzündungen, Schwächen und Krankheiten des Auges ist als ein unfehlbares Mittel durch Zeugnisse von Aerzten und Geheilten anerkannt. Das Augenwasser von Dr. A. White in London. — Es enthält laut beglaubigten Attesten durchaus keine schädlichen Bestandtheile, hat schon vielen Unglücklichen das Augenlicht wieder geschenkt und Läusenden diesen edlen Theil gerettet. Unter der allgemeinen Benennung "Staar" ist natürlich derjenige Grad dieser Augenkrankheit verstanden, welcher überhaupt noch heilbar ist. — Das Gläschen kostet 2 fl. Banknoten und ist echt einzige und allein zu beziehen von Dr. Ferd. Jansen, Buchhändler in Weimar. — Briefe und Gelder franco.

3. 418. (2)

Die echte spanische Kloster-Essenz ist ein seit Jahrhunderten erprobtes Mittel gegen langwierige Nervenleiden, Schlaganfälle, Magen- u. Unterleibsbeschwerden, Hämorrhoiden, Verschleimung, Frauenkrankheiten, Kolik — wider Wassersucht, Leberleiden, Bleisucht, Gelbsucht, Harnbeschwerden, rheumatische und katarrhalische Leiden, träge Verdauung, anhaltendes Erbrechen, Blähungen und viele andere ähnliche Beschwerden, welche gleichen Ursprungs sind, aber hier nicht einzeln aufgeführt werden können. Dieses segenbringende aller Hausmittel ist echt einzige und allein zu beziehen, die Flasche zu 3 fl. Banknoten, von Dr. Ferd. Jansen, Buchhändler in Weimar. Briefe und Gelder franco.

c. s. c. gewilligt, und zu deren Vornahme drei Tagsagungen, auf den 16. Juni, auf den 16. Juli und auf den 16. August 1851, jedesmal Vormittags von 9 bis 12 Uhr im Orte Studenc mit dem Besatz angeordnet, daß obige Realität nur bei der dritten Tagsagung auch unter dem Schätzungsvertheil veräußert werden würde.

Das Schätzungsprotocoll und der Grundbuchs-extract können inzwischen täglich hieramts eingesehen werden.

Laas am 9. April 1851.

Der k. k. Bezirksrichter:
Kofschier.

3. 573. (2)

M a c h r i c h t.

Der Gefertigte hat die Ehre mit der Eröffnung seiner neu und solid eingerichteten chyrurgischen Offizin, im Schulz'schen Hause, nächst der St. Jacob's Brücke, dem hochverehrten Publikum anzuzeigen, daß er auch Kranken wundärztliche Hilfe jeder Zeit zu leisten bereit ist, und bittet um ein geneigtes Vertrauen.

Laibach am 1. Mai 1851.

Johann Köchl,

Wundarzt.

3. 582.

Pfandamtliche Lication.

Donnerstag den 22. d. M. werden zu den gewöhnlichen Amtsstunden in dem hierortigen Pfandamte die im Monate März 1850 versetzten, und seither weder ausgelösten noch umgeschriebenen Pfänder an den Meistbietenden verkauft.

Laibach den 8. Mai 1851.